

ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

A. Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, öffentliche Jugendhilfe und Kriegsofopferfürsorge

Sozialhilfe: Leistungen der Sozialhilfe werden nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gewährt. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der "Würde des Menschen" entspricht. Ziel der Sozialhilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe, unabdingbar ist hierbei die Mitwirkungspflicht des Hilfeempfängers. Sozialhilfe erhält nicht, wer sich selbst helfen kann bzw. die erforderliche Hilfe von anderen - besonders von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen - erhält. Sozialhilfe wird somit nachrangig gewährt (Subsidiaritätsprinzip).

Die Leistungen der Sozialhilfeträger umfassen Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von und in Einrichtungen. Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles. Formen der Sozialhilfe sind persönliche Hilfe, Geld- und Sachleistungen. Auf die Leistungen der Sozialhilfe besteht ein Rechtsanspruch.

Asylbewerberleistungsstatistik: Die Ausgaben und Einnahmen sowie die Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vom 30. Juni 1993 werden ab Berichtsjahr 1994 separat erfasst. Bis einschließlich 1993 wurden sowohl die Aufwendungen als auch die Empfänger in der Statistik der Sozialhilfe gezählt.

Kriegsofopferfürsorge: Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, die im Bundesversorgungsgesetz geregelt sind, ergänzen die Leistungen der Kriegsofopferversorgung, wenn die übrigen Leistungen, die die Beschädigten bzw. deren Angehörige und Hinterbliebene erhalten, zusammen mit dem Einkommen aus anderen Quellen nicht ausreichen, diesen Personen eine angemessene soziale Stellung zu sichern. Diese individuellen Hilfeleistungen gibt es in Form von persönlichen Hilfen (z. B. Beratung), Sachleistungen sowie als - statistisch allein in Erscheinung tretende - Geldleistungen (Beihilfen und Darlehen).

Öffentliche Jugendhilfe: Die Aufgaben der Jugendhilfe wurden ab 1991 durch das Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) beträchtlich erweitert und der gesellschaftlichen Entwicklung mit ihren neuen Problemlagen für Kinder, Jugendliche und Eltern angepasst.

Die Statistik der erzieherischen Hilfen besteht aus insgesamt neun Einzelerhebungen. Sie dienen der Erfassung der jungen Menschen, die zur Gewährung erzieherischer Hilfen in anderen Familien ("Vollzeitpflege"), in Heimen, Wohngemeinschaften oder auch in einer eigenen Wohnung untergebracht sind, sowie derjenigen, denen die erzieherische Hilfe in ambulanter Form durch Erziehungsberatung, Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshilfe, soziale Gruppenarbeit oder durch sozialpädagogische Familienhilfe zuteil wird. Außerdem werden die Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandsschaften, Pflegekinder in Voll-, Wochen- und Tagespflegschaften mit Pflegeerlaubnis, die jährlich durchgeführten Adoptionen, Vaterschaftsfeststellungen und die Fälle eines Entzuges des elterlichen Sorgerechts nachgewiesen.

Hinzu kommt die jährliche Berichterstattung über die Ausgaben für die von den Jugendbehörden und kreisangehörigen Gemeinden ohne eigenes Jugendamt durchgeführten Maßnahmen sowie über die laufenden und investiven Ausgaben für Jugendhilfeeinrichtungen, ferner über die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für Maßnahmen und Einrichtungen der freien Jugendhilfe. Diese Statistik umfasst auch die im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung entstehenden Einnahmen.

Alle vier Jahre werden die mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit (Kinder- und Jugenderholung, Außerschulische Jugendbildung, internationale Jugendarbeit und Mitarbeiterbildung freier Träger) erhoben. Im gleichen Turnus werden auch die verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe - einschließlich der Jugendbehörden - sowie die dort tätigen Personen in der Gliederung nach Alter, Geschlecht, Berufsausbildungsabschluss und Arbeitsbereich nachgewiesen.

Behinderte: Aufgrund des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) werden zweijährlich - erstmals zum 31. Dezember 1979 - alle Behinderten erfasst, bei denen vom Landesamt für Soziales und Versorgung des Saarlandes ein Grad der Behinderung (Minderung der Erwerbsfähigkeit) von mindestens 30 % festgestellt und anerkannt worden ist. Aufgrund der Novellierung des § 53 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) vom 26. August 1986 werden nur noch die Schwerbehinderten mit einem Grad der Behinderung von 50 % und mehr und einem gültigen Ausweis erfasst.

Pflegestatistik: Aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes (PflegeVG) werden zweijährlich - erstmals zum 15. Dezember 1999 - alle ambulanten Pflegedienste, stationären Pflegeeinrichtungen sowie alle Pflegegeldempfänger erfasst.

**1. Sozialhilfeaufwand und Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
1998 bis 2000 nach Hilfearten**

Hilfeart	1998	1999	2000
Sozialhilfeaufwand			
Hilfe zum Lebensunterhalt zusammen	394 157 150	370 124 390	341 655 844
Laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)	270 199 187	251 240 895	235 155 222
Laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit	71 780 714	67 836 908	57 107 697
Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen	44 368 690	42 918 351	41 258 860
Einmalige Leistungen an sonstige Hilfeempfänger	7 808 559	8 128 236	8 134 065
Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammen	294 080 130	307 417 354	317 893 680
Hilfe zur Pflege zusammen	59 257 257	53 715 875	49 982 487
ambulant	7 993 888	8 325 211	8 154 295
davon in Form von			
Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	2 409 736	2 493 222	2 454 720
Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	1 070 452	1 169 810	1 293 104
Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	2 292 364	2 329 260	2 149 925
anderen Leistungen	2 221 336	2 332 919	2 256 546
teilstationär	32 031	204 645	22 032
vollstationär	51 231 338	45 186 019	41 806 160
Eingliederungshilfe für Behinderte zusammen	193 298 820	214 113 354	228 860 525
Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke; Hilfsmittel	1 373 004	1 153 842	1 532 185
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	13 911 574	22 479 688	24 830 793
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	8 101 489	8 688 070	9 957 394
Hilfe zur Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung	370 157	195 382	1 628 757
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	98 920 729	118 450 000	119 140 149
Suchtkrankenhilfe	4 325 778	4 963 651	5 754 892
Sonstige Eingliederungshilfe	66 296 089	58 182 721	66 016 355
Krankenhilfe; Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation; Hilfe zur Familienplanung	29 750 031	28 979 197	31 849 762
Sonstige Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammen	11 774 022	10 608 928	7 200 906
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	20 946	25 506	35 053
Vorbeugende Gesundheitshilfe	190 466	49 923	53 808
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	118 553	95 545	96 743
Blindenhilfe ¹⁾	-	-	-
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	2 294 835	2 172 365	2 173 639
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	8 741 380	7 636 045	4 297 098
Altenhilfe	239 017	240 943	271 826
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	168 825	388 601	272 739
Ausgaben insgesamt	688 237 280	677 541 744	659 549 524
Einnahmen insgesamt	61 013 869	60 321 611	57 929 341
REINE AUSGABEN INSGESAMT	627 223 411	617 220 133	601 620 183
Aufwand nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
Ausgaben insgesamt	82 073 756	67 042 821	63 726 252
davon für			
Leistungen in besonderen Fällen ²⁾	-	-	16 024 616
Hilfe zum Lebensunterhalt	-	-	13 986 339
Hilfe in besonderen Lebenslagen	-	-	2 038 277
Grundleistungen	61 297 733	47 491 051	32 859 736
Sachleistungen	6 042 451	6 080 979	5 856 102
Wertgutscheine	39 864	5 635	24 843
Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	5 872 865	5 042 768	2 493 020
Geldleistungen für den Lebensunterhalt	49 342 553	36 361 669	24 485 771
Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	15 544 830	14 733 555	11 111 053
Arbeitsgelegenheiten	2 210 034	2 237 099	1 371 279
Sonstige Leistungen	3 021 159	2 581 116	2 359 568
Sachleistungen	909 695	700 142	604 853
Geldleistungen	2 111 464	1 880 974	1 754 715
Einnahmen insgesamt	8 438 450	7 903 327	6 197 396
REINE AUSGABEN INSGESAMT	73 635 306	59 139 494	57 528 856

1) Blindenhilfe wird im Saarland nicht nach dem BSHG, sondern nach dem saarländischen Blindenhilfegesetz gewährt. 2) Aufgrund einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus dem Jahre 1997 wurden die Leistungen in besonderen Fällen für 36 Monate bis Juni 2000 ausgesetzt.

2. Sozialhilfeaufwand 1980 bis 2000*) nach Kreisen

- in 1 000 DM -

Jahr Träger der Sozialhilfe Stadtverband/Landkreis	Bruttoausgaben für die Sozialhilfe							
	insgesamt	DM je Ein- wohner ¹⁾²⁾	darunter					
			Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen			
			insgesamt	darunter laufende Leistungen außerhalb von Ein- richtungen	insgesamt	darunter		
					Eingliede- rungshilfe für Behinderte	Hilfe zur Pflege	Kranken- hilfe	
1980	235 227,3	220,29	91 114,9	56 806,9	139 331,8	38 972,5	81 385,0	12 390,0
Örtliche Träger	131 788,2	123,42	91 076,1	56 768,1	38 565,3	1 094,5	22 251,7	10,0
Überörtlicher Träger	103 439,1	96,87	38,8	38,8	100 766,5	37 878,0	59 133,4	1 827,0
1985	375 398,2	358,10	176 447,7	120 950,5	195 111,8	73 865,3	98 101,7	14 989,0
Örtliche Träger	217 345,8	207,33	176 088,5	120 627,2	38 967,0	2 760,8	23 768,3	10 517,0
Überörtlicher Träger	158 052,3	150,77	359,2	323,3	156 144,8	71 104,5	74 333,4	4 472,0
1990	530 378,7	495,55	284 136,4	214 400,2	246 242,2	91 833,8	118 408,0	28 073,0
Örtliche Träger	343 886,9	321,31	284 136,4	214 400,2	59 750,5	7 675,3	28 528,5	20 428,0
Überörtlicher Träger	186 491,8	174,25	-	-	186 491,8	84 158,5	89 879,5	7 646,0
1999	677 541,7	631,76	370 124,4	352 226,7	307 417,3	214 113,3	53 715,9	28 979,2
Örtliche Träger zusammen	416 847,6	388,68	370 124,4	352 226,7	46 723,2	14 562,0	8 605,0	20 085,7
dav.: Stadtverband Saarbrücken	202 291,5	573,84	180 923,3	171 879,9	21 368,2	5 340,8	3 560,9	9 733,1
Landkreis Merzig-Wadern	23 778,8	224,64	21 003,8	19 827,5	2 775,0	1 253,1	554,1	939,7
Landkreis Neunkirchen	60 458,9	407,48	53 910,7	51 931,1	6 548,2	1 835,5	1 482,4	3 127,0
Landkreis Saarlouis	64 141,3	301,91	56 604,5	53 881,3	7 536,8	2 287,5	1 095,8	3 691,9
Saarpfalz-Kreis	44 940,4	285,26	39 804,8	37 578,2	5 135,6	2 078,1	1 000,3	1 963,2
Landkreis St. Wendel	21 236,6	221,85	17 877,3	17 128,7	3 359,3	1 767,0	911,5	630,8
Überörtlicher Träger	260 694,2	243,08	-	-	260 694,2	199 551,3	45 110,9	8 893,5
2000	659 549,5	616,70	341 655,8	323 973,4	317 893,7	228 860,5	49 982,5	31 849,8
Örtliche Träger zusammen	389 552,8	364,24	341 655,8	323 973,4	47 896,9	15 721,1	8 255,0	20 389,9
dav.: Stadtverband Saarbrücken	187 900,1	535,25	165 438,5	156 371,2	22 461,6	5 695,5	3 488,6	10 571,4
Landkreis Merzig-Wadern	22 348,4	211,28	19 455,6	18 327,0	2 892,9	1 396,0	527,6	916,0
Landkreis Neunkirchen	55 290,3	374,73	48 991,7	46 844,7	6 298,6	1 889,7	1 236,2	3 056,8
Landkreis Saarlouis	61 538,4	289,93	54 377,7	51 654,1	7 160,7	2 579,1	1 196,2	2 855,2
Saarpfalz-Kreis	43 133,3	273,97	37 769,9	35 863,4	5 363,4	2 279,1	1 041,9	1 954,7
Landkreis St. Wendel	19 342,3	202,70	15 622,5	14 913,0	3 719,8	1 881,6	763,5	1 035,8
Überörtlicher Träger	269 996,7	252,45	-	-	269 996,7	213 139,5	41 728,5	11 459,8

*) Bis 1993 wurden Aufwendungen für Asylbewerber gemäß BSHG abgerechnet. Ab 1994 sind die Ausgaben gemäß Asylbewerberleistungsgesetz separat nachzuweisen und in den Ausgaben zum Sozialhilfeaufwand nicht mehr enthalten. 1) Bevölkerungsstand 31. Dezember. 2) Berichtsjahr 2000: 30. Juni 2000.

3. Sozialhilfeempfänger^{*)} nach Hilfearten und Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 2000

Hilfeart	Sozialhilfeempfänger insgesamt	Und zwar						Ausländer oder Staatenlose
		männlich	weiblich	außerhalb	innerhalb	Hilfen gewährt durch		
				von Einrichtungen	örtliche Träger	überörtliche Träger		
Sozialhilfeempfänger								
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	46 537	19 628	26 909	46 023	514	46 537	-	8 619
Hilfe in besonderen Lebenslagen ¹⁾	13 720	6 804	6 916	7 170	6 578	7 160	6 560	2 040
und zwar								
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	-	-	-	-	-	-	-	-
vorbeugende Gesundheitshilfe (ohne Gruppenverschickung)	39	23	16	8	31	38	1	8
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	3 370	1 598	1 772	3 364	8	3 365	5	1 683
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	2	-	2	2	-	2	-	-
Eingliederungshilfe zusammen ¹⁾	6 351	3 893	2 458	2 432	3 919	2 417	3 934	282
und zwar								
ärztliche Behandlung und Körperersatzstücke für Behinderte	734	444	290	727	7	715	19	76
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	1 797	1 188	609	1 446	351	1 446	351	127
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	203	127	76	69	134	69	134	10
Hilfen zur Berufsausbildung, Fortbildung und Arbeitsplatzbeschaffung	31	15	16	2	29	1	30	2
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	2 302	1 347	955	-	2 302	-	2 302	35
Suchtkrankenhilfe	29	18	11	27	2	27	2	2
sonstige Eingliederungshilfe	1 275	770	505	170	1 105	167	1 108	31
Blindenhilfe ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Hilfe zur Pflege	3 480	1 095	2 385	1 011	2 469	1 011	2 469	96
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	335	71	264	335	-	335	-	5
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	59	51	8	2	57	3	56	2
Altenhilfe	102	28	74	102	-	102	-	1
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	137	109	28	40	97	40	97	5
Sozialhilfe zusammen¹⁾	56 410	24 680	31 730	49 392	7 063	49 873	6 523	9 031
Hilfeempfänger je 1 000 Einwohner ³⁾	52,7	47,6	57,6	46,2	6,6	46,6	6,1	8,4
Regelleistungsempfänger	5 671	3 28	2 543	3 972	1 699	3 647	2 024	5 671
Hilfeempfänger je 1 000 Einwohner ³⁾	5,3	6,0	2,4	3,7	1,6	3,4	1,9	5,3
LEISTUNGSEMPFÄNGER INSGESAMT	62 081	27 808	34 273	53 364	8 762	53 520	8 547	14 702
Hilfeempfänger je 1 000 Einwohner ³⁾	58,0	53,3	60,0	49,9	8,2	50,0	8,0	13,7

*) Personen, die Hilfen verschiedener Art und Träger erhielten, wurden bei jeder Hilfeart und jedem Träger gezählt. 1) Ohne Mehrfachzählungen. 2) Blindenhilfe wird im Saarland nicht nach dem BSHG, sondern nach dem saarländischen Blindenhilfegesetz gewährt. 3) Bevölkerungsstand 30. Juni 2000.

**4. Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31. Dezember 2000
nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger insgesamt	Deutsche zusammen	Nichtdeutsche				
			zusammen	davon			
				EG-Ausländer	Asylberechtigte	Flüchtlinge	sonstige Ausländer
Männlich							
unter 7	3 451	2 881	570	119	157	4	290
7 - 11	2 046	1 643	403	78	130	3	192
11 - 15	2 041	1 617	424	62	158	4	200
15 - 18	1 084	851	233	29	82	1	121
18 - 21	759	595	164	21	49	1	93
21 - 25	792	663	129	33	30	4	62
25 - 30	1 054	803	251	48	35	9	159
30 - 40	2 609	1 941	668	141	173	8	346
40 - 50	2 233	1 783	450	92	135	2	221
50 - 60	1 622	1 292	330	85	63	-	182
60 - 65	885	692	193	44	15	2	132
65 und älter	1 052	767	285	62	51	1	171
Zusammen	19 628	15 528	4 100	814	1 078	39	2 169
Weiblich							
unter 7	3 271	2 723	548	125	136	8	279
7 - 11	1 882	1 529	353	61	111	6	175
11 - 15	1 803	1 430	373	61	128	4	180
15 - 18	1 127	909	218	28	93	1	96
18 - 21	1 102	917	185	37	50	1	97
21 - 25	1 532	1 287	245	50	42	1	152
25 - 30	1 996	1 618	378	93	60	3	222
30 - 40	4 745	3 932	813	186	173	11	443
40 - 50	3 276	2 747	529	114	106	2	307
50 - 60	2 165	1 795	370	90	55	-	225
60 - 65	1 281	1 102	179	33	20	-	126
65 und älter	2 729	2 401	328	61	49	3	215
Zusammen	26 909	22 390	4 519	939	1 023	40	2 517
INSGESAMT							
unter 7	6 722	5 604	1 118	244	293	12	569
7 - 11	3 928	3 172	756	139	241	9	367
11 - 15	3 844	3 047	797	123	286	8	380
15 - 18	2 211	1 760	451	57	175	2	217
18 - 21	1 861	1 512	349	58	99	2	190
21 - 25	2 324	1 950	374	83	72	5	214
25 - 30	3 050	2 421	629	141	95	12	381
30 - 40	7 354	5 873	1 481	327	346	19	789
40 - 50	5 509	4 530	979	206	241	4	528
50 - 60	3 787	3 087	700	175	118	-	407
60 - 65	2 166	1 794	372	77	35	2	258
65 und älter	3 781	3 168	613	123	100	4	386
Zusammen	46 537	37 918	8 619	1 753	2 101	79	4 686

**5. Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31. Dezember 2000
nach Geschlecht, Alter und regionaler Gliederung**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Saarland	Stadtverband Saarbrücken	Landkreis				
			Merzig-Wadern	Neunkirchen	Saarlouis	Saarpfalz	St. Wendel
Männlich							
unter 7	3 451	1 719	192	518	549	291	182
7 - 11	2 046	1 055	120	292	325	152	102
11 - 15	2 041	993	122	321	336	161	108
15 - 18	1 084	512	59	177	166	105	65
18 - 21	759	393	31	122	118	59	36
21 - 25	792	423	36	116	117	67	33
25 - 30	1 054	619	46	134	140	75	40
30 - 40	2 609	1 477	122	305	341	231	133
40 - 50	2 233	1 264	113	290	279	187	100
50 - 60	1 622	931	68	218	206	143	56
60 - 65	885	469	45	102	142	94	33
65 und älter	1 052	553	66	132	151	96	54
Zusammen	19 628	10 408	1 020	2 727	2 870	1 661	942
Weiblich							
unter 7	3 271	1 687	198	493	504	254	135
7 - 11	1 882	997	92	266	299	143	85
11 - 15	1 803	891	120	260	284	152	96
15 - 18	1 127	524	81	177	188	92	65
18 - 21	1 102	528	66	192	155	98	63
21 - 25	1 532	782	84	232	209	143	82
25 - 30	1 996	1 018	109	281	309	175	104
30 - 40	4 745	2 503	241	625	689	444	243
40 - 50	3 276	1 787	164	439	474	283	129
50 - 60	2 165	1 188	104	285	336	172	80
60 - 65	1 281	653	74	173	196	129	56
65 und älter	2 729	1 264	188	372	459	282	164
Zusammen	26 909	13 822	1 521	3 795	4 102	2 367	1 302
INSGESAMT							
unter 7	6 722	3 406	390	1 011	1 053	545	317
7 - 11	3 928	2 052	212	558	624	295	187
11 - 15	3 844	1 884	242	581	620	313	204
15 - 18	2 211	1 036	140	354	354	197	130
18 - 21	1 861	921	97	314	273	157	99
21 - 25	2 324	1 205	120	348	326	210	115
25 - 30	3 050	1 637	155	415	449	250	144
30 - 40	7 354	3 980	363	930	1 030	675	376
40 - 50	5 509	3 051	277	729	753	470	229
50 - 60	3 787	2 119	172	503	542	315	136
60 - 65	2 166	1 122	119	275	338	223	89
65 und älter	3 781	1 817	254	504	610	378	218
Zusammen	46 537	24 230	2 541	6 522	6 972	4 028	2 244

6. Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe
 1990 bis 2000

Art der Maßnahme	1990	1995	1998	1999	2000
Anzahl der Fälle am Ende des Berichtsjahres					
Minderjährige unter gesetzlicher Amtspflegschaft	9 273	11 142	X	X	X
Minderjährige unter gesetzlicher Amtsvormundschaft	342	151	156	149	135
Minderjährige unter bestellter Amtspflegschaft	603	375	215	143	148
Minderjährige unter bestellter Amtsvormundschaft	631	581	535	267	288
Minderjährige unter Beistandschaften	497	500	X	X	X
dar.: Unterhaltsbeistandschaft	469	499	X	X	X
Beistandschaften für Elternteile	X	X	12 193	10 727	10 336
Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses ¹⁾	1 711	2 397	3 111	3 276	2 328
dav.: Erziehung in einer Tagesgruppe	.	464	724	800	530
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	809	748	946	995	769
Heimerziehung	828	1 174	1 422	1 461	1 016
intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	.	11	19	20	13
Anzahl der Fälle im Laufe des Jahres					
Adoptierte Minderjährige	109	107	91	77	86
dar.: ausländische Kinder und Jugendliche	.	19	37	18	29
Vorgemerkte Adoptionsbewerber	393	365	234	238	170
In Adoptionspflege untergebrachte Minderjährige	104	78	88	61	64
Vaterschaftsfeststellungen	1 156	1 339	1 404	863	825
dav.: durch freiwillige Anerkennung	1 048	1 204	1 265	727	741
durch gerichtliche Entscheidung	108	135	139	136	84
Vaterschaft nicht festgestellt	79	162	97	39	28
Institutionelle Beratung für Minderjährige und junge Volljährige	2 192	1 361	1 421	1 522	1 582
Betreuung einzelner junger Menschen	410	770	1 162	965	761
dar.: Erziehungsbeistandschaften	410	617	958	896	727
Sozialpädagogische Familienhilfe	.	210	476	533	442
Vorläufige Schutzmaßnahmen	.	186	221	185	185
Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	196	126	110	109	116
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	142	105	127	96	109
Übertragung der elterlichen Sorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt	117	88	126	78	108
Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses					
Zugänge	522	954	918	943	867
dar.: Heimerziehung	330	533	498	501	487
Familienpflege	190	158	140	128	137
Abgänge	471	582	654	840	714
dar.: Heimerziehung	284	337	368	500	417
Familienpflege	180	133	86	90	64

1) Bei den Daten der Jahre 1998 und 1999 handelt es sich um fortgeschriebene Daten auf der Basis 1995. Zum 31.12.2000 wurde eine neue Bestandserhebung durchgeführt.

7. Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe 1995 bis 1999

- in 1 000 DM -

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1995	1996	1997	1998	1999
Einzel- und Gruppenthilfen					
Ausgaben insgesamt	151 653	169 364	172 865	177 359	185 375
dar.: Jugendarbeit	9 334	9 922	10 197	11 696	11 504
Jugendsozialarbeit	3 769	3 924	4 434	3 600	4 866
erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	139	130	215	298	370
allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	3 463	3 458	2 950	2 284	2 312
gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	2 270	2 324	2 194	2 224	2 006
Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituation	198	200	212	145	381
Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht	-	-	-	-	-
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	10 729	11 303	13 531	13 343	13 758
Hilfe zur Erziehung	104 936	114 456	114 047	116 231	124 923
dar.: Erziehung in der Tagesgruppe	14 934	19 702	22 147	24 107	26 145
Vollzeitpflege	8 372	9 175	10 005	11 248	12 548
Heimerziehung; Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform	74 294	77 595	72 796	70 844	72 345
intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	127	226	140	451	1 481
Hilfe für junge Volljährige	12 324	13 798	14 409	16 772	15 416
vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	1 142	1 503	1 540	1 681	1 375
Mitwirkung in Verfahren vor dem Vormundschafts- und den Familiengerichten	176	156	197	233	126
Adoptionsvermittlung	136	156	138	127	113
Ampflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft	847	884	969	288	725
Einrichtungen der Jugendhilfe					
Ausgaben insgesamt	185 828	201 922	199 236	212 009	231 705
dar.: Einrichtungen der Jugendarbeit	9 859	7 635	7 749	6 950	11 246
Tageseinrichtungen für Kinder	168 172	184 665	185 372	193 986	213 265
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	31 408	32 951	31 833	33 395	33 272
JUGENDHILFEAUSGABEN ZUSAMMEN	368 888	404 237	403 934	422 763	450 356
EINNAHMEN	26 980	29 535	29 870	27 125	27 585

**8. Aufwand und Empfänger der Kriegsopferfürsorge*) 1996 bis 2000
nach Hilfearten**

Art der Leistungen	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoausgaben und Einnahmen (1 000 DM)					
Bruttoausgaben					
darunter: Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	488,9	277,8	456,4	409,1	329,0
Krankenhilfe	8,0	15,1	12,2	13,7	11,2
Hilfe zur Pflege	14 409,4	9 905,0	7 948,3	7 560,6	7 446,1
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	144,2	120,1	123,3	131,3	132,6
Altenhilfe	467,1	448,8	442,8	491,3	418,3
Erziehungsbeihilfe	79,4	83,6	47,7	34,7	32,9
ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	3 089,6	2 972,1	2 765,1	2 559,2	2 014,2
Erholungshilfe	455,3	452,8	402,8	377,4	350,3
Wohnungshilfe	177,2	91,6	86,1	125,1	241,0
Hilfen in besonderen Lebenslagen	2 077,1	2 173,9	2 628,4	2 677,4	2 803,6
BRUTTOAUSGABEN INSGESAMT	21 396,2	16 540,9	14 913,0	14 379,8	13 779,3
darunter: für Sonderfürsorgeberechtigte gem. § 27c BVG	1 065,4	948,8	773,8	677,8	728,5
Bruttoausgaben je Einwohner ¹⁾ in DM	19,75	15,28	13,85	13,41	12,8
EINNAHMEN INSGESAMT	6 391,5	6 083,6	5 395,2	6 779,1	5 230,9

Empfänger laufender Leistungen am Ende des Berichtsjahres²⁾

Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	9	11	11	7	6
Hilfe zur Pflege	610	466	458	351	349
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	33	35	30	33	33
Altenhilfe	63	63	66	64	36
Erziehungsbeihilfe	14	12	12	5	3
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	232	196	180	174	150
Hilfen in besonderen Lebenslagen	373	369	368	326	314
INSGESAMT	1 334	1 152	1 125	960	891

Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres

Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	6	3	3	1	1
Krankenhilfe	10	18	18	24	11
Hilfe zur Pflege	10	11	7	1	4
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	-	-	-	-	-
Altenhilfe	662	691	690	689	665
Erziehungsbeihilfe	-	-	-	1	1
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	531	624	609	466	388
Erholungshilfe	354	328	308	246	215
Wohnungshilfe	23	12	12	18	29
Hilfen in besonderen Lebenslagen	85	72	74	58	52
INSGESAMT	1 681	1 759	1 721	1 504	1 350

*) Nur Leistungen für Berechtigte im Inland. 1) Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt. 2) Personen, denen Hilfen verschiedener Art gewährt wurden, sind in jeder Hilfeart gezählt, die Summe der Empfänger kann daher wegen möglicher Mehrfachzählungen nicht errechnet werden.

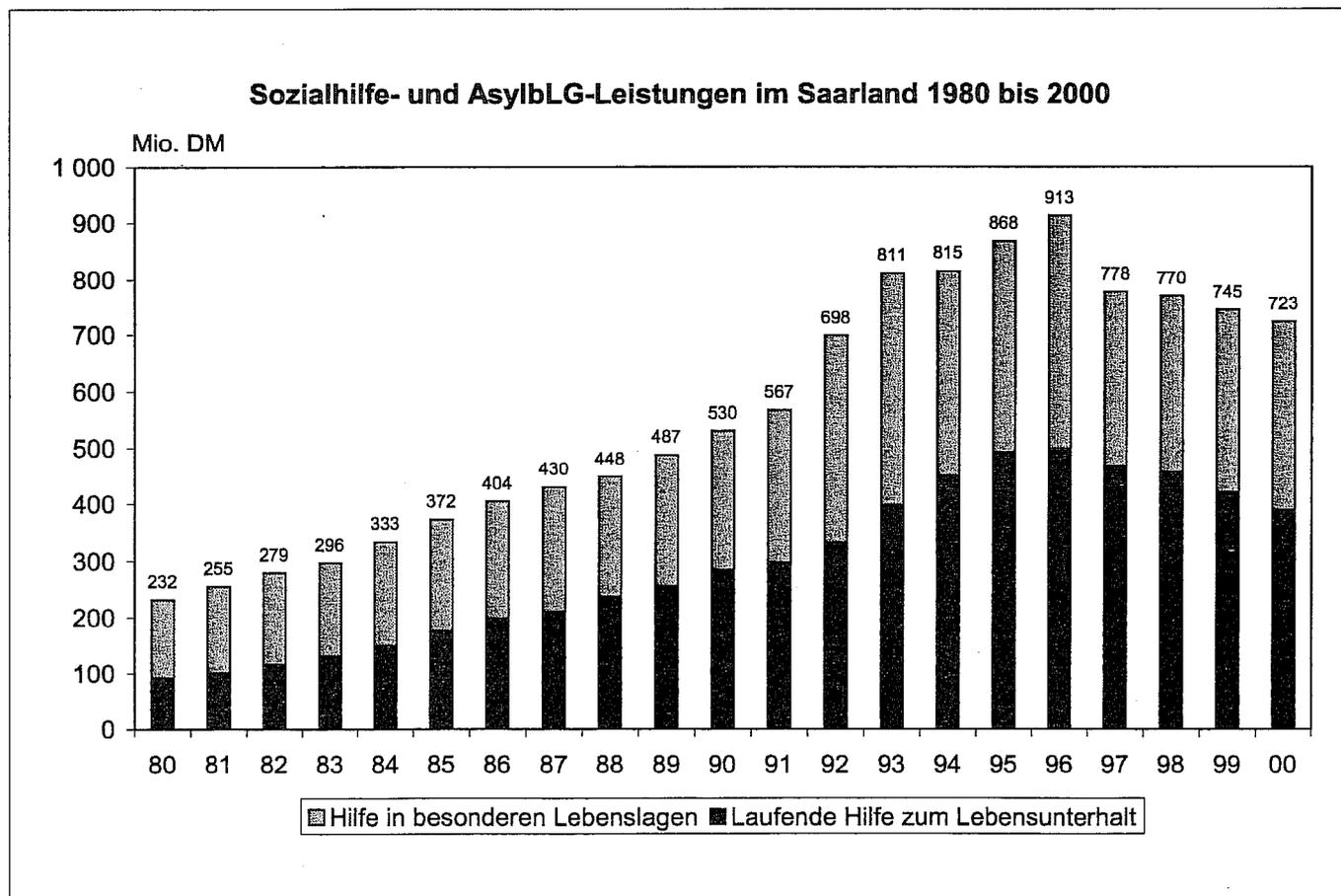
**9. Schwerbehinderte 1991 bis 1999 (jeweils 31. Dezember) nach Kreisen (Wohngebiet)
und ausgewählten Merkmalen**

Stadtverband/Kreis (Wohngebiet) Geschlecht/Merkmal	1991	1993	1995	1997	1999
INSGESAMT					
Stadtverband Saarbrücken	30 670	32 628	31 639	29 587	30 424
Landkreis Merzig-Wadern	8 029	8 740	8 631	8 305	8 621
Landkreis Neunkirchen	12 691	13 471	13 239	12 544	12 892
Landkreis Saarlouis	17 330	18 543	18 003	16 854	17 259
Saarpfalz-Kreis	13 305	14 482	14 112	13 305	13 500
Landkreis St. Wendel	6 954	7 505	7 327	6 795	7 041
Wohngebiet Saarland zusammen	88 979	95 369	92 951	87 390	89 737
Wohngebiet außerhalb des Saarlandes	-	-	-	-	-
SCHWERBEHINDERTE INSGESAMT	88 979	95 369	92 951	87 390	89 737
in % der Wohnbevölkerung	8,3	8,8	8,6	8,1	8,1
darunter männlich					
Stadtverband Saarbrücken	18 532	19 447	18 564	17 075	17 358
Landkreis Merzig-Wadern	5 404	5 804	5 604	5 252	5 436
Landkreis Neunkirchen	8 174	8 620	8 326	7 723	7 831
Landkreis Saarlouis	11 565	12 218	11 626	10 667	10 784
Saarpfalz-Kreis	8 848	9 513	9 069	8 406	8 420
Landkreis St. Wendel	4 838	5 156	4 959	4 514	4 554
Wohngebiet Saarland zusammen	57 361	60 758	58 148	53 637	54 383
Wohngebiet außerhalb des Saarlandes	-	-	-	-	-
Schwerbehinderte insgesamt	57 361	60 758	58 148	53 637	54 383
in % der Wohnbevölkerung	11,1	11,6	11,1	10,2	10,2
SCHWERBEHINDERTE INSGESAMT					
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
bis unter 6	459	493	471	421	384
6 bis unter 15	937	1 014	1 086	1 067	1 117
15 bis unter 18	346	372	364	401	420
18 bis unter 25	1 660	1 404	1 158	1 076	1 060
25 bis unter 35	4 578	4 608	4 207	3 707	3 185
35 bis unter 45	5 872	6 564	6 430	6 406	6 658
45 bis unter 55	12 869	12 088	10 371	9 514	9 788
55 bis unter 60	12 546	14 187	13 499	11 548	9 801
60 bis unter 62	6 279	5 874	6 337	6 148	6 050
62 bis unter 65	9 203	9 631	8 530	8 413	9 232
65 und mehr	34 230	39 134	40 498	38 689	42 042
nach dem Grad der Behinderung in v.H.					
50 bis unter 60	26 331	28 513	27 311	26 158	26 291
60 bis unter 70	14 302	15 404	14 766	14 364	14 381
70 bis unter 80	10 461	11 144	10 782	10 130	10 256
80 bis unter 90	11 114	11 392	11 002	10 183	10 537
90 bis unter 100	4 174	4 505	4 590	4 417	4 646
100	22 597	24 411	24 500	22 138	23 626
nach der schwerwiegendsten Behinderung					
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	2 465	2 345	2 053	1 748	1 670
Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen	12 013	12 095	11 134	10 224	10 029
Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	16 129	18 676	18 992	18 896	19 438

Noch: 9. Schwerbehinderte 1991 bis 1999 (jeweils 31. Dezember) nach Kreisen (Wohngebiet) und ausgewählten Merkmalen

Stadtverband/Kreis (Wohngebiet) Geschlecht/Merkmal	1991	1993	1995	1997	1999
Blindheit und Sehbehinderung	4 901	5 176	5 151	4 875	4 999
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	3 616	3 880	3 853	3 703	3 809
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	1 542	1 694	1 757	1 737	1 916
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	29 073	29 916	28 010	24 454	24 660
Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	1 585	12 836	12 845	12 502	13 180
sonstige ungenügend bezeichnete Behinderungen	7 655	8 751	9 156	9 251	10 036
nach der Ursache der Behinderung					
angeborene Behinderung	3 665	3 649	3 460	3 387	3 376
Arbeitsunfall ¹⁾ , Berufsunfall	2 370	2 377	2 080	1 890	1 827
Verkehrsunfall	737	743	688	659	663
häuslicher Unfall	172	168	160	155	149
sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	413	406	358	335	323
anerkannte Kriegsdienst-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	4 538	4 086	3 388	2 868	2 434
sonstige Krankheit (einschließlich Impfschäden)	76 104	82 985	81 965	77 266	80 148
sonstige Ursachen oder mehrere Ursachen	986	955	852	830	817

1) Einschließlich Wege- und Betriebswegeunfall.



Kapitel XVII Öffentliche Sozialleistungen

10. Ausgewählte Daten zu den Pflegediensten, Pflegeheimen und Pflegebedürftigen

Merkmal	Saarland	Stadt- verband Saar- brücken	Landkreise				
			Merzig- Wadern	Neun- kirchen	Saarlouis	Saarpfalz- Kreis	St. Wendel
Pflegedienste							
Pflegedienste insgesamt	153	44	16	18	36	24	15
Eingliedrige Pflegedienste zusammen	144	39	16	17	36	24	12
dav.: ohne andere Sozialleistungen	3	-	-	-	1	2	-
mit anderen Sozialleistungen	141	39	16	17	35	22	12
Mehrgliedrige Pflegedienste zusammen	9	5	-	1	-	-	3
dav.: ohne andere Sozialleistungen	-	-	-	-	-	-	-
mit anderen Sozialleistungen	9	5	-	1	-	-	3
Personal in Pflegediensten zusammen	2 281	718	206	288	517	350	202
Betreute Pflegebedürftige insgesamt	5 249	1 673	454	686	1 209	803	424
und zwar							
Pflegebedürftige je Pflegedienst	34	38	28	38	34	33	28
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	5	5	4	5	6	5	4
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner ab 65 Jahre	28	26	25	26	33	28	25
Pflegestufe I	2 160	753	181	286	453	333	154
Pflegestufe II	2 283	689	193	317	548	348	188
Pflegestufe III	806	231	80	83	208	122	82
dar.: Härtefälle	13	6	1	-	4	2	-
Pflegeheime							
Pflegeheime insgesamt	110	36	14	18	18	11	13
Verfügbare Plätze vollstationär zusammen	8 824	3 289	1 042	1 678	1 078	987	750
und zwar							
je Pflegeheim	80	91	74	93	60	90	58
je 1 000 Einwohner	8	9	10	11	5	8	8
je 1 000 Einwohner ab 65 Jahren	46	52	58	62	29	35	45
verfügbare Plätze teilstationär	213	89	8	9	60	7	40
Personal in Pflegeheimen	5 392	1 919	639	1 050	761	562	461
Betreute Pflegebedürftige insgesamt	7 457	2 764	816	1 403	884	923	667
dav.: in vollstationärer Dauer- oder Kurzzeitpflege	7 397	2 748	815	1 396	879	919	640
in teilstationärer Pflege	60	16	1	7	5	4	27
Pflegebedürftige je Pflegeheim	68	77	58	78	49	84	51
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	7	8	8	9	4	6	7
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner ab 65 Jahren	39	43	45	52	24	32	40
Pflegestufe I	2 474	950	345	405	294	261	219
Pflegestufe II	3 340	1 202	341	601	424	451	321
Pflegestufe III	1 267	438	66	318	150	189	106
dar.: Härtefälle	38	28	-	1	2	6	1
Bisher noch keiner Pflegestufe zugeordnet	376	174	64	79	16	22	21
Pflegegeldbezieher/innen							
Pflegegeldbezieher/innen insgesamt	27 194	8 541	2 689	4 123	5 313	3 874	2 654
Je 1 000 Einwohner	25	24	25	28	25	25	28
davon: männlich	8 675	2 616	884	1 378	1 706	1 303	788
weiblich	18 519	5 925	1 805	2 745	3 607	2 571	1 866
davon: ambulante Pflege	5 249	1 673	454	686	1 209	803	424
stationäre Pflege	7 457	2 764	816	1 403	884	923	667
Pflegegeld ¹⁾	14 488	4 104	1 419	2 034	3 220	2 148	1 563

1) Ohne Empfänger/innen von Kombinationsleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege gezählt wurden.

Kapitel XVII Öffentliche Sozialleistungen - B. Wohngeld

B. Wohngeld

Gemäß § 35 des Wohngeldgesetzes (WoGG) ist über die Anträge und Entscheidungen nach diesem Gesetz sowie über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Wohngeldempfänger eine Bundesstatistik durchzuführen. Als Sekundärstatistik beruht die Wohngeldstatistik auf den Daten der Bewilligungsstellen. Sie bildet die Grundlage für die Beurteilung der sozialen und finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes sowie für Überlegungen über die Fortentwicklung und Anpassung des Wohngeldrechts.

Allgemeiner Zweck des Wohngeldes ist es, in Form eines Zuschusses zu den Aufwendungen für den Wohnraum allen Bundesbürgern ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Sowohl für Mieter als auch für Eigentümer von Eigenheimen und Eigentumswohnungen besteht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Rechtsanspruch.

Bei Mietern von Wohnraum wird Wohngeld in Form eines Mietzuschusses und bei Eigentümern in Form eines Lastenzuschusses gewährt. In diesen Fällen spricht man vom sogenannten spitz berechneten bzw. Tabellenwohngeld.

Nach dem fünften Teil des Wohngeldgesetzes wird seit dem 1. April 1991 den Empfängern von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge ein pauschaliertes Wohngeld gewährt. Die Höhe richtet sich nach einem für jedes Bundesland gesondert festgelegten Vorhundertersatz der sozialhilferechtlich anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft.

Diese Pauschale wird zugleich mit der Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge gewährt. Ein gesonderter Wohngeldantrag ist nicht mehr erforderlich. Die Mieten- und Einkommensermittlung nach dem Wohngeldgesetz entfällt ebenso wie die verwaltungsaufwendige Erstattung von Leistungen durch die Wohngeldstelle an die Träger der Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge.

1. Entwicklung des Wohngeldes 1980 bis 1999

Jahr	Empfänger (31.12.) von			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch			Im Laufe des Jahres gezahltes Wohngeld
	Wohngeld insgesamt	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	insgesamt	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	
	Anzahl			DM			1 000 DM
1980	20 391	17 560	2 831	86	86	85	25 311
1981	21 840	18 140	3 700	116	112	136	36 239
1982	20 364	17 346	3 018	115	113	125	39 400
1983	20 544	17 760	2 784	116	116	118	40 199
1984	20 289	17 741	2 548	119	119	119	38 784
1985 ¹⁾	23 017	20 412	2 605	119	120	113	39 589
1986 ¹⁾	27 411	23 537	3 874	149	150	144	56 643
1987 ¹⁾	29 655	25 812	3 843	153	155	142	64 343
1988 ¹⁾	32 576	28 965	3 611	155	157	139	63 808
1989 ¹⁾	27 565	24 368	3 197	157	160	137	60 605
1990 ¹⁾	26 778	23 718	3 060	162	165	139	60 143
1991 ¹⁾	30 770	27 697	3 073	168	171	137	61 870
1992 ¹⁾	33 784	30 860	2 924	176	180	138	71 712
1993 ¹⁾	32 663	30 211	2 452	192	196	138	76 275
1994 ¹⁾	32 284	30 057	2 227	205	211	136	75 880
1995 ¹⁾	34 684	32 641	2 043	220	225	141	85 463
1996	36 613	34 658	1 955	227	231	146	91 961
1997	37 136	35 214	1 922	230	234	155	97 838
1998	37 620	35 708	1 912	230	233	151	99 417
1999	39 289	35 708	1 912	236	233	151	95 478
davon							
spitz berechnet	17 039	15 292	1 747	159	159	159	33 662
pauschaliert	22 250	22 250	X	295	295	X	61 816

1) Einschließlich rückwirkende Bewilligungen.

2. Wohngeldempfänger 1990 bis 1999 nach Haushaltsgröße
 und durchschnittlichem Wohngeldanspruch

Haushalte mit ... Personen	1990		1995		1997		1998		1999	
	Anzahl der Empfänger	durch- schnitt- licher monat- licher Wohngeld- anspruch								
Empfänger von pauschalitem Wohngeld¹⁾										
1	X	X	7 229	216	7 702	225	7 742	223	9 012	222
2	X	X	4 946	287	5 143	294	5 287	293	5 836	293
3	X	X	3 263	337	3 391	353	3 429	349	3 767	349
4	X	X	1 916	378	1 963	394	1 930	390	2 098	391
5	X	X	863	400	902	435	874	439	960	444
6 und mehr	X	X	585	483	539	522	521	520	577	531
Insgesamt	X	X	18 802	289	19 640	300	19 783	297	22 250	295
Mietzuschussempfänger										
1	11 490	124	6 566	98	7 161	99	7 121	99	6 729	99
2	4 815	173	2 531	136	2 750	141	2 761	141	2 724	148
3	2 998	203	1 553	158	1 903	168	2 023	170	1 941	176
4	2 525	210	1 731	191	2 055	217	2 099	219	2 036	223
5	1 113	233	862	212	966	244	1 107	260	1 055	267
6 und mehr	777	315	596	278	739	333	814	350	807	357
Insgesamt	23 718	165	13 839	138	15 574	150	15 925	155	15 292	159
Lastenzuschussempfänger										
1	561	94	522	97	513	103	528	99	499	104
2	444	117	388	123	355	130	373	13	329	132
3	349	148	212	137	229	161	226	153	226	158
4	969	135	437	157	373	164	352	169	284	184
5	539	171	313	167	288	194	266	184	250	203
6 und mehr	198	235	171	230	164	277	167	259	159	277
Insgesamt	3 060	139	2 043	141	1 922	155	1 912	151	1 747	159
WOHNGELDEMPFÄNGER INSGESAMT										
1	12 051	123	14 317	158	15 376	162	15 391	161	16 240	167
2	5 259	168	7 865	230	8 248	236	8 421	236	8 889	242
3	3 347	197	5 028	273	5 523	281	5 678	278	5 934	285
4	3 494	189	4 084	275	4 391	291	4 381	290	4 418	300
5	1 652	213	2 038	285	2 156	317	2 247	320	2 265	335
6 und mehr	975	299	1 352	361	1 442	397	1 502	399	1 543	414
INSGESAMT	26 778	162	34 684	220	37 136	230	37 620	230	39 289	236

1) D.h. Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Kriegsopferfürsorge.